

# ARBEIT ZUKUNFT

FRIEDEN, ARBEIT, WOHNUNG, AUSKOMMEN UND GLEICHE RECHTE FÜR ALLE!

## FÜR HÖHERE LÖHNE UND GEGEN ARBEITSPLATZVERNICHTUNG GEMEINSAM KÄMPFEN!

Nun kommt bei vielen Kolleg/innen eine dicke Rechnung an:

Strom, Gas, Heizung, Lebensmittel teuer - Preiserhöhungen auf breiter Front!

Jahrelanger Verzicht beim Lohn (laut Stuttgarter Zeitung vom 8.2.23 mittlerweile 3 Jahre Reallohnverlust), die Einschränkungen und Lohnverluste wegen Corona, die rasant galoppierende Inflation und die immensen Kosten des Krieges in der Ukraine führen zu einer raschen Verschlechterung unserer Lebenslage und Entlassungen in vielen Bereichen. Gleichzeitig wächst die Arbeitsbelastung im Gesundheitswesen, der Altenpflege, der Erziehung, an den Schulen, bei der Post und in vielen anderen Bereichen. Bei Billiglohn und zunehmender Arbeitsbelastung wird die Ausbeutungs-schraube immer stärker angezogen.

Das Kapital sagt so „Danke“!

**Gesundheitswesen am Limit!**

**Altenpflege am Limit!**

**Kinderbetreuung am Limit!**

**Schulen am Limit!**

**Post am Limit! Usw.**

**Wir brauchen mehr Geld, weniger Arbeitsbelastung!**

Bei den laufenden Tarifrunden wie im Öffentlichen Dienst, bei der Post werden entweder gar keine oder nur Miniangebote gemacht. Keiner der Verhandlungsführer würde bei solchen Gehältern und Arbeitsbedingungen einen Finger krumm machen. Aber uns predigen sie „Vernunft“ und Verzicht!

Über 4% offizielles Reallohnminus

waren es bereits 2022. Für untere Einkommen ist das höher, bei 8-10%. Bei der weiter steigenden Inflation werden es 2023 noch mehr, wenn wir uns nicht wehren!

### Heinrich Heine, Deutschland ein Wintermärchen, 1844

*Ich kenne die Weise, ich kenne den Text,  
Ich kenn' auch die Herren Verfasser;  
Ich weiß, sie tranken heimlich Wein  
Und predigten öffentlich Wasser.*

Arbeitsplätze werden verlagert wie bei Ford. Billigere Anbieter werden gesucht wie am Airport Düsseldorf. Oder bei Borbet in Solingen „muss man Kosten optimieren“, also einen kompletten Standort eines Konzerns plattmachen. Bei Galeria Kaufhof sollen 90 von 131 noch vorhandenen Standorten geschlossen werden. Bei den verbleibenden Standorten sollen 30% ihren Job verlieren. Autzulieferer Schaeffler vernichtet in Herzogenaurach bei Erlangen 1300 Stellen. Für „mehr Gewinn“ will der Software-Konzern SAP 3000 Stellen streichen.

Das sind nur ein paar Beispiele wie die Arbeiterklasse für die Krise des Kapitals und für den Krieg zahlen soll.

Es gibt nur ein Rezept dagegen:

**Solidarität und gemeinsamer Kampf!**

Dieser Kampf muss über Betriebs- und Branchengrenzen hinaus geführt werden.

Denn:

### Allein machen sie Dich ein!

Wer nur für sich kämpft, ist schwach. Wer nur auf seinen Betrieb schaut und hofft, dass es irgendwie gut geht, der ist dann auch allein, wenn er selber dran ist.

Es reicht daher nicht aus, Proteste nur in den betroffenen Betrieben und bei der eigenen Tarifrunde zu organisieren. Das ist wichtig und gut. Aber noch besser ist es, wenn sich alle vernetzen und zusammenschließen, egal welcher Betrieb, egal welche Gewerkschaft.

Wichtig ist es auch, über die Betriebe und Branchen hinaus Solidarität zu organisieren: In den eigenen Familien, bei Freunden, in Vereinen, im Stadtteil und so weiter. Denn auch sie sind betroffen: Kleine Läden und Gaststätten verlieren Kunden, Vereine Mitglieder. Und die Familien werden bei Lohnverlust und Entlassungen belastet.

Es gibt also viele Möglichkeiten, den Kreis derer, die mit uns kämpfen, zu vergrößern. Ein solches Solidaritätsnetzwerk erhöht unsere Erfolgchancen. Und selbst wenn wir nicht immer vollen Erfolg haben, stärkt es uns für die Zukunft. Das Kapital lernt, dass wir uns nicht wehrlos zur Schlachtbank führen lassen, und wir erfahren unsere Stärke durch Solidarität und gemeinsamen Kampf!

**Alle gemeinsam für  
höhere Löhne und gegen  
Arbeitsplatzvernichtung!**

# 10,5 PROZENT! 500 MINDESTENS! BESCHÄFTIGTE IN DER TARIFAUSEINANDERSETZUNG IM ÖFFENTLICHEN DIENST SIND KAMPFBEREIT!



Die erste Runde in den Tarifverhandlungen (TVÖD) für die rund 2,5 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen ist am 24. Januar 2023 ohne Ergebnis vertagt worden. Warme Worte reichen nicht aus, so die Gewerkschaft. Ver.di möchte angesichts steigender Preise für Lebensmittel und Energie in der Tarifrunde für die rund 2,5 Millionen Beschäftigten von Bund und Kommunen 10,5 Prozent mehr Geld für alle, mindestens aber 500 Euro durchsetzen. Ob Pandemie oder die Folgen des Krieges in der Ukraine - der öffentliche Dienst ist gefordert wie nie: „Die Belegschaften werden sich in dieser Tarifrunde nicht mit warmen Worten abspeisen lassen, die Arbeitgeber sind gut beraten, diese Botschaft ernst zu nehmen“, sagte ver.di-Vorsitzender Frank Werneke. Knapp 350.000 Beschäftigte hatten zuvor eine Unterschriftenkampagne von ver.di unterstützt und sich mit den Forderungen solidarisiert. Die zweite Runde der Tarifverhandlungen findet am 22. u. 23. Februar 2023 in Potsdam statt. Die dritte Runde ist vom 27.–29. März 2023 angesetzt. Schon jetzt kündigte Werneke aber an,

Aktionen der Kolleg/innen seien möglich.

Wenn die Bundesregierung in kürzester Zeit 100 Milliarden Euro für Krieg und Aufrüstung locker macht, aber den Beschäftigten im öffentlichen Dienst nichts zugestehen will, muss Streik sie dazu zwingen. Deshalb muss dieser, insbesondere aber die **Urabstimmung** überall vorbereitet werden.

Und wenn es gebetsmühlenartig immer und immer wieder heißt, es sei kein Geld für diese Forderung da, dann fordern wir die massive Besteuerung der Profite und der Reichen, insbesondere auch die Wieder-Erhebung der Vermögenssteuer. Es ist genug Geld da, aber es befindet sich in den falschen Händen!

Diese Tarifaueinandersetzung ist für die ganze Arbeiterklasse enorm wichtig, sie wird auch für künftige Tarifkämpfe wegweisend sein, daher sollten alle Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, alle klassenkämpferischen Kräfte, Kolleginnen und Kollegen sich mit den Beschäftigten solidarisieren und die Unterstützung für die nächsten Verhandlungen intensivieren.

SM/Arbeit-Zukunft

## Coca-Cola-Arbeiter/innen erzwingen durch Streiks Lohnerhöhungen!

Wer kämpft kann gewinnen. Die Arbeiter/innen bei Coca-Cola haben mit der NGG respektable Tarifierhöhungen durchgesetzt. Und das nicht durch Gespräche im Hinterzimmer, sondern durch aktive Beteiligung und Mobilisierungen der Kolleg/innen. Mehrere Werke wurden bestreikt. Die Produktion stand still. Allein in NRW gab es knapp 450 Streikende. Die Stimmung war kämpferisch.

### Wie sieht der Tarifabschluss aus?

Die Beschäftigten des US-Getränkeriesen erhalten schrittweise Lohnerhöhungen und eine steuer- und abgabenfreien Inflationsprämie von 3000 Euro, die monatlich in Höhe von 166 Euro vom 1.2.23 bis zum 31.7.24 ausbezahlt wird. Weiter wurde vereinbart, dass nach einem Nullmonat die Beschäftigten ab Februar 23 eine pauschale Lohnerhöhung um 134 Euro erhalten. Zum 1.8.24 kommen weitere 186 Euro tabellenwirksam hinzu. Azubis bekommen 100 Euro monatlich mehr plus 2000 Euro Inflationsausgleichsprämie. Mit Vollstreik hätte es mehr werden können; trotzdem ist es ein Erfolg, der Appetit auf mehr macht.

Die Laufzeit beträgt nur zwölf Monate. Anfang kommenden Jahres steht bereits die nächste Tarifrunde an.

## ABO ODER KONTAKT?

### 0 Normales Abo

Ich bestelle die Zeitung „Arbeit Zukunft“ für ein Jahr (12 Ausgaben) zum Preis von 24,- Euro inklusive. Wird das Abo nicht vier Wochen vor Ablauf gekündigt, verlängert es sich um ein Jahr.

### 0 Soli-Abo

Ich bestelle die Zeitung für ein Jahr (12 Ausgaben) zum Soli-Preis von 40,- Euro. Wird das Abo nicht vier Wochen vor Ablauf gekündigt, verlängert es sich um ein Jahr.

### 0 Probe-Abo

Ich möchte die Zeitung zweimal kostenlos zur Probe.

### 0 Kontakt

Ich möchte Kontakt zu euch. Ankreuzen und einsenden an:  
Verlag Arbeit Zukunft  
Postfach 401051  
70410 Stuttgart  
oder  
E-Mail an  
webmaster@arbeit-zukunft.de

## Gehälter von Dax-Vorständen steigen um fast ein Viertel

Plus 25% für die Reichen! Und wir sollen verzichten! Zeit-Online, 28.9.22

# Tarifverhandlungen bei der Post: **GESCHEITERT!** **URABSTIMMUNG! STREIK!**



*Streikende Kolleg/innen der Post in Frankfurt, 7.2.23: Sie wissen gut, was Solidarität ist!*

Am 10. Februar sind die Tarifverhandlungen für die Post gescheitert. Nun wird eine Urabstimmung vorbereitet. Schon nach der 2. Verhandlungsrunde erklärte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende und Verhandlungsführerin Andrea Kocsis laut verdi: „Die Arbeitgeber haben sich sehr deutlich geäußert, dass sie nicht bereit sind, den Reallohnverlust und die Inflation auszugleichen. Dies sei nicht finanzierbar. Diese Sichtweise ist für uns nicht akzeptabel.“

## **Milliardengewinne - aber keine Lohnerhöhung?**

Der überwiegende Teil der ver.di-Mitglieder bei der Deutschen Post AG hat ein niedriges Einkommen und kann Reallohnverluste schlichtweg nicht verkraften. Etwas über 2000 brutto ist der Einstiegslohn. Davon kann man kaum leben. Kocsis weiter: „Dass die Arbeitgeber den Ausgleich von Reallohnverlusten verweigern, ist angesichts der Milliardengewinne des Konzerns eine Provokation.“ Die letzte Tariferhöhung im Januar 2022 betrug nur 2%!

Rund 100.000 von 160.000 beschäftigten Kolleg/innen haben nach Angaben von verdi an den bisherigen Warnstreiks teilgenommen und

ihre hohe Kampfbereitschaft gezeigt. Die Forderung von 15% bei einer Laufzeit von 12 Monaten ist das Ergebnis einer Mitgliederbefragung von ver.di. Ausbildungsvergütungen sollen um 200 Euro pro Monat steigen, siehe Artikel: <https://www.arbeit-zukunft.de/2022/12/27/15-lohnforderung-bei-der-post-dringend-noetig/>

Nach einem Aufruf der Gewerkschaft Verdi führten Betriebsräte vom 6. bis 18. Januar bundesweit Betriebsversammlungen durch. Die Gewerkschaft nahm an vielen Betriebsversammlungen teil. Diese Betriebsversammlungen wurden oft unterbrochen und Aktionen fanden außerhalb des Saales statt. Tatsächlich war diese Begeisterung der Arbeiter die Botschaft, nicht von der von der Gewerkschaft gestellten Forderung von 15% für die 12 Monate zurückzuweichen. Mit dem Scheitern kommt jetzt die Urabstimmung. Mit der Wut und Kampfkraft der Kolleg/innen muss daraus sofort ein Streik werden. Die bisherigen Warnstreiks haben die Arbeitgeber nicht gerührt. Jetzt muss die volle Kraft der Kolleg/innen eingesetzt werden.

Wir unterstützen die Forderungen und stehen solidarisch an der Seite der

streikbereiten Postler.

Deshalb:

## **Urabstimmung! Streik!**

## **Schreib uns!**

**Du hast Probleme in Deinem Betrieb?**

**Du möchtest über Rassismus, Frauenfeindlichkeit, Unterdrückung berichten?**

**Du möchtest, dass die Kämpfe in Deinem Betrieb, Deiner Institution öffentlich bekannt werden?**

**An Schule und Uni funktioniert es nicht?**



**Dann schreib uns!**

**Wir veröffentlichen auch Beiträge von Leser/innen.**

**Verlag AZ, Postfach 401051, 70410 Stuttgart  
info@arbeit-zukunft.de**

**Wir veröffentlichen hier den Solidaritätsaufruf der Föderation der Demokratischen Arbeitervereine für die Opfer des Erdbebens in der Türkei:**

## **Wir teilen den Schmerz der Menschen in der Türkei und rufen alle Werktätigen zur Solidarität auf!**

Bei dem Erdbeben in der Türkei und in Syrien sind mehr als 30.000 Menschen ums Leben gekommen und zigtausende wurden verletzt (Stand 12.2.23). Die Zahlen steigen immer weiter an. Wir gedenken all derer, die ihr Leben verloren haben und wünschen den Verletzten eine baldige Genesung.

Das Ausmaß des Erdbebens ist enorm. Zigtausende verloren bei dem Erdbeben in der Türkei und in Syrien ihre Häuser und Lebensgrundlage. Die schlechten Wetterbedingungen und die Tatsache, dass sich das Erdbeben über ein großes Gebiet ausbreitete, die Nachbeben andauern und Tausende von Gebäuden beschädigt wurden, macht es noch schwieriger, die Wunden zu heilen.

Um den Schmerz zu lindern braucht es heute umso mehr Solidarität und Hilfeleistungen. Als Föderation Demokratischer Arbeitervereine (DIDF) rufen wir alle Werktätigen auf, die jetzt eingeleiteten Kampagnen zu unterstützen.

Wir werden die Hilfe, die unseren Verband erreicht, an die Hilfskampagnen weiterleiten, die die demokratischen Organisationen in der Türkei für die leidtragende Bevölkerung gestartet haben und die sie direkt an die Bedürftigen weitergeben werden. Heute ist es sehr wichtig, dass die Hilfe ohne bürokratische Hindernisse bei den Bedürftigen ankommt. Bei früheren Katastrophen konnten die aufgetretenen Probleme dadurch verringert werden, dass die Bevölkerung direkte Unterstützung von den Menschen bekam.

Teilen wir das Leid der Menschen in der Türkei, stärken wir die Solidarität und schließen wir uns der Kampagne an, die wir gestartet haben, um die Wunden der Werktätigen zu heilen.

DIDF-Spendenkonto

DIDF

Postbank Köln

IBAN, DE59 3701 0050 0319 6835 09

PBNKDEFF

Verwendungszweck:Türkei Erdbeben

Die Föderation der Demokratischen Arbeitervereine

Berliner Str. 77, 51063 Köln Tel: 0221 - 9255493 didf@didf.de, www.didf.de



## **SOZIALPARTNERSCHAFT DER DGB-CHEFIN FÜHRT ZU TÖDLICHER UMARMUNG!**

Im Dezember 2022 hat die Vorsitzende des DGB Yasmin Fahimi offen die Position des Arbeitgeberverbands unterstützt, die 50 Millionen Euro „Krisenhilfe“ des Staats auch direkt als Dividende an die Aktionäre und als Boni an die Manager auszuschütten. Statt die Empörung der Kolleginnen und Kollegen über diesen dreisten Betrug zu unterstützen, kam von der DGB – Vorsitzenden wohlwollendes Verständnis für diese Pläne der Kapitalisten. So macht die Vorsitzende den DGB zu einem Anhängsel des Kapitals, so macht die Vorsitzende den DGB zum Sprachrohr der Arbeitgeber, so wird der DGB weiter geschwächt, da viele Kolleginnen und Kollegen in einer solchen Organisation nicht mehr ihre Interessenvertretung erkennen. Solch eine Vorsitzende muss zurücktreten.

Zu begrüßen ist da die klare Stellungnahme des Netzwerks „Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften“ (VKG), die geradeheraus fordert: Fahimi muss zurücktreten! Schluss mit Interessenverrat und Sozialpartnerschaft! (Vgl.: <https://vernetzung.org/stellungnahme-der-vkg-zu-den-aeusserungen-der-dgb-vorsitzenden-yasmin-fahimi-fahimi-muss-zuruecktreten-schluss-mit-interessensverrat-und-sozialpartnerschaft/>)

**Schluss mit Sozialpartnerschaft, Co-Management und Klassenverrat! Stärken wir einen kämpferischen Kurs und die innergewerkschaftliche Demokratie!**



**Impressum**

**Herausgeber:**

**Organisation für den Aufbau einer kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands**

**V.i.S.d.P.: D. Möller**

**Verlag AZ, Postfach 401051, 70410 Stuttgart**

**www.arbeit-zukunft.de**

**info@arbeit-zukunft.de**

**Tel.: 0 71 59 / 4 20 01 74**

**Fax: 0 71 59 / 4 20 01 75**

**Bankverbindung:**

**Verlag AZ**

**Postbank Stuttgart**

**IBAN: DE50 6001 0070 0401 6127 03**

**BIC: PBNKDEFF**

**„Arbeit Zukunft“ erscheint monatlich.**